

Bestimmungsgründe der Landpachtpreise in Deutschland unter besonderer Berücksichtigung von Überwälzungseffekten ausgewählter Politikinstrumente

M.Sc. Hendrik Habermann

1. Berichterstatter: Prof. Dr. U. Latacz-Lohmann

Das Verständnis der Bestimmungsgründe landwirtschaftlicher Pachtpreise ist schon lange Forschungsgegenstand der Agrarökonomie. Dem Boden als knappen, aber praktisch unvermehrbareren Produktionsfaktor kommen nach der ökonomischen Theorie Renten zu. Auf der Fläche erwirtschaftete Gewinnbeiträge werden anteilig in Form der Pachtzahlungen an die Bodeneigentümer weitergereicht. Die Höhe dieser Gewinnbeiträge wurde und wird auch durch die im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) gewährten Zahlungen beeinflusst. Analog dazu können weitere Politikinstrumente die landwirtschaftlichen Pachtpreise beeinflussen. Hierzu zählt auch das Erneuerbare-Energien-Gesetz, welches durch Mindestvergütungen die landwirtschaftliche Biogaserzeugung unterstützt. Je nach Ausgestaltung solcher Politikinstrumente kann eine Überwälzung unterschiedlichen Ausmaßes in die Pachtpreise stattfinden. In dieser Weise profitieren demzufolge auch Personengruppen, welche nicht als eigentliche Adressaten solcher Politikinstrumente vorgesehen waren, und es können deutliche, in der Regel unerwünschte Verteilungswirkungen hervorgerufen werden. Bei einem derzeitigen bundesweiten Pachtflächenanteil von rund 62 % können somit erhebliche Einkommenseffekte für die betroffenen Personengruppen entstehen.

Bestehende empirische Analysen landwirtschaftlicher Pachtpreise sehen zudem oftmals über mögliche räumliche Abhängigkeiten zwischen den Einzelbeobachtungen hinweg. Für unverzerrte Ergebnisse ist es aber möglicherweise nötig, räumliche Abhängigkeiten der Pachtpreise selbst explizit abzubilden.

Die vorliegende Arbeit gibt zunächst einen allgemeinen Überblick zum Stand und zur Entwicklung landwirtschaftlicher Pachtpreise. Neben weiteren Bestimmungsgründen landwirtschaftlicher Pachtpreise quantifiziert sie insbesondere mögliche Überwälzungswirkungen der im Rahmen der GAP gewährten Ausgleichszahlungen und des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes. Dabei leistet die Arbeit einen zusätzlichen Beitrag, indem sie räumlich-ökonomische Schätzverfahren für die Analyse der Bestimmungsgründe von Landpachtpreisen anwendet. In der Literatur ist dieses in der vorliegenden Form bisher nicht geschehen. Dennoch zeigt sich anhand der Ergebnisse die Relevanz dieser Methoden sehr anschaulich. Demnach beeinflussen sich die beobachteten landwirtschaftlichen Pachtpreise bis zu einer gewissen Entfernung gegenseitig. Hierbei variiert das Ausmaß dieses Zusammenhanges zwischen dem früheren Bundesgebiet und den neuen Bundesländern sowie zwischen Acker- und Grünland.

Die empirische Ergebnisse zeigen, dass die im Rahmen der GAP zwischen 1993 und 2004 gemachten flächengebundenen Ausgleichszahlungen sich je nach empirischer Umsetzung zur Hälfte oder mehr (48 % – 95 %) in die landwirtschaftlichen Pachtpreise überwälzt haben. Ein beträchtlicher Anteil der Ausgleichszahlungen wird also an die Landeigentümer weitergereicht. Weiterhin erhöht die landwirtschaftliche Biogaserzeugung, gemessen als einzelbetrieblicher Anbauanteil von Energiepflanzen zur Biogaserzeugung, die Neupachtpreise in Westdeutschland signifikant. Die geschätzte Summe an zusätzlicher jährlicher Pachtzahlung, hervorgerufen nur durch die Biogaserzeugung, beträgt für die in 2005 und 2006 neu gepachteten Flächen etwa 2,0 bis 2,6 Mio. € Bei Hochrechnung auf die gesamte Pachtfläche Westdeutschlands – je nach Modellspezifikation – etwa 7 bis 9 Mio. € Für beide Fälle ergeben sich somit möglicherweise unerwünschte Verteilungseffekte, die bei zukünftigen Neuformulierungen oder Änderungen der Politikinstrumente berücksichtigt werden sollten.